

Bilanz des Arbeitskampfes 1984 -aus der Sicht der IG Druck und Papier

Erwin Ferlemann, geb. 1930 in Wuppertal, abgeschlossene Ausbildung als kaufmännischer Angestellter, in den Jahren 1946 bis 1949 mehrjährige Berufstätigkeit als Klischee- und Farbätzer, zeitweilig Betriebsratsvorsitzender, war seit 1962 Mitglied des Landesvorstandes der IG Druck und Papier in Nordrhein-Westfalen und seit 1969 Sachabteilungsleiter in der Abteilung Wirtschaft und Technik beim Hauptvorstand der IG Druck und Papier. Er wurde 1976 zum Zweiten Vorsitzenden seiner Gewerkschaft gewählt und war seitdem für den Geschäftsbereich Tarifpolitik verantwortlich. Im Oktober 1983 wählten ihn die Delegierten des Gewerkschaftskongresses der IG Druck und Papier zu ihrem Ersten Vorsitzenden.

Der wohl an Dauer und Härte bislang schwerste Arbeitskampf in der Geschichte der IG Druck und Papier und wahrscheinlich auch ihrer Vorläuferverbände liegt hinter uns. Fragen tauchen auf. War ein Arbeitskampf von dieser Zeitdauer notwendig? Wäre er nicht überhaupt vermeidbar gewesen? Und schließlich: Wäre das Ergebnis nicht auch ohne Streik zu erreichen gewesen? Die letzte Frage scheint mir allerdings, unbewußt, eine Arbeitgeberaussage zu reflektieren.

Aber es gibt zugegebenermaßen auch viele Fragen von Gewerkschaftern, z.B. nach der sicher ungewohnten Art, Urabstimmungen und Streiks in vielfältigen Formen durchzuführen. Außerdem ist die Frage zu beantworten, warum der Bundesverband Druck, im Gegensatz zu 1976 und 1978, keinen Aussperungsbeschluß faßte und demzufolge auch kein Mitgliedsunternehmen des Verbandes aussperrte - von einigen wenigen zaghafte Versuchen kalter Aussperrung einmal abgesehen.

Warum es zu Kampfmaßnahmen kam und worum es ging

Im Gegensatz zu anderen Tarifbereichen hatten wir es in der Druckindustrie mit einer Kombination von mehreren komplexen Forderungen zu tun. Das ist zum einen auf die Beschlußlage des 13. Ordentlichen Gewerkschaftstages 1983 der IG Druck und Papier zurückzuführen, zum anderen auf eine enorme Verzögerungsstrategie des Bundesverbandes Druck e. V. in der Frage einer neuen Lohnstruktur. Außerdem spielte in der akuten Auseinandersetzung die Verhandlungs- und Abschlußunfähigkeit der unternehmerseitigen Verhandlungskommission eine große Rolle. Nicht zuletzt dadurch wurden wir in die Situation gebracht, den Arbeitskampf sehr früh beginnen und ihn dann auch noch über den Metallabschluß hinaus durchstehen zu müssen.

Wie sah das Tarifpaket aus, das aufgeschnürt und in den einzelnen Gebieten neu gepackt werden mußte? Zunächst sei festgehalten, daß wir es mit vier Tarifverträgen zu tun hatten: dem Lohnrahmentarifvertrag, dem Manteltarifvertrag, dem Rationalisierungsschutzabkommen und dem Lohntarifvertrag.

Der Lohnrahmentarifvertrag

Der Lohnrahmentarifvertrag stammte in seiner jetzt zum Glück abgelösten Form aus der Tarifpolitik unserer Vorläuferorganisation, dem „Deutschen Buchdruckerverband“. Fast unverändert wurde er nach 1945 von der IG Druck und Papier als bundesweiter Lohnrahmen übernommen. Darin lag auch ein Teil der Schwierigkeiten begründet, die unsere Organisation mit der Anwendung des Lohnrahmens hatte.

Es ist oft übersehen worden, daß die IG Druck und Papier nicht nur eine, sondern drei Vorläuferorganisationen mit eigenen Tarifstrukturen hatte, und zwar neben den Buchdruckern den „Verband der Lithografen und Steindrucker“ und den „Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter“. Alle drei Verbände hatten ihre eigenen Tarifstrukturen, die, insbesondere bei den Lithografen, sehr ausgeprägt waren. Übernommen wurde dann nur die Buchdruckerstruktur mit drei Facharbeiterlohngruppen: der Ecklohn, einheitlich für alle Facharbeiter, angesetzt mit 100 Prozent, eine Lohngruppe Korrektoren mit 107,5 Prozent und eine Gruppe Maschinensetzer mit 120 Prozent. Die beiden höheren Lohngruppen beschränkten sich also lediglich auf je einen Beruf.

Das brachte sehr bald innerorganisatorischen Ärger, da sich die Chemigrafen, die Lithografen als hochqualifizierte Fachkräfte mit der Eingrenzung auf den Ecklohn gegenüber Korrektoren und Maschinensetzern diskriminiert fühlten. Dieser Konflikt führte in den fünfziger Jahren zur Abspaltung und zur Gründung des „Deutschen Senefelder Bundes - DSB“. Erst am Ende der sechziger Jahre gelang es, die dorthin abgewanderten Kollegen zurückzuführen und den DSB so zur Auflösung zu bringen. Dazu beigetragen hat schon damals vor allem die Zusage, eine neue Lohnstruktur durchzusetzen.

Das war leichter gesagt als getan. Lange interne Auseinandersetzungen und Diskussionen waren notwendig, um überhaupt den Entwurf für einen neuen Lohnrahmen mehrheitsfähig zu machen. Grundsätzlich gelang das erst auf dem 12. Ordentlichen Gewerkschaftstag 1980.

Der Entwurf wurde den Unternehmern als Forderung überreicht und ging konkret in die Lohnrunde 1982 ein. Es gab kein Ergebnis, sondern einen Schiedsspruch, der einvernehmlich und verbindlich aussagte, daß ein neuer Lohnrahmen bis zum 31. Dezember 1983 abgeschlossen und zum April 1984 voll in Kraft gesetzt sein müsse. Da die Unternehmer ihren angekündigten Gegenentwurf nicht liefern konnten, mußte eine gemeinsame Sachverständigenkommission den Forderungsrahmen ausfüllen, mußte Bewertungskriterien und Eingruppierungsmerkmale erarbeiten. Der Lohnrahmentarif rückte damit in einen unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit dem zweiten großen Tarifbrocken, dem Manteltarifvertrag.

Der Manteltarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer der Druckindustrie

Für den Manteltarifvertrag hatten wir uns, nicht zuletzt durch einen Beschluß des Gewerkschaftstages, auf zwei Schwerpunkte beschränkt, deren erster und gewichtigster die Forderung nach der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich war.

Das war für die IG Druck und Papier keine neue Forderung, sondern sie war lange diskutiert worden und gehörte seit dem Gewerkschaftstag 1970 zur Beschlußlage. Sie resultierte in der Druckindustrie aus einem sich enorm beschleunigenden Technologieprozeß, der Ende der sechziger Jahre begann. Er brachte nicht veränderte oder verbesserte Verfahren oder Maschinen, sondern löste sogenannte konventionelle Techniken vollständig ab. Dazu seien einige Stichworte genannt: In der Satzherstellung wurde der Bleisatz vom elektronischen Filmsatz abgelöst, im Druck der Buchdruck vom Offsetdruck. Von vornherein war abzusehen, daß die personellen Auswirkungen äußerst tiefgreifend sein würden. Eine Lösung dieser Problematik wurde bereits 1970 nur in der Verkürzung der Wochenarbeitszeit gesehen.

Eine Vorruhestandsregelung war dagegen in der IG Druck und Papier nie im Gespräch, und zwar deshalb, weil nur 2,5 Prozent der Beschäftigten älter als 59 Jahre sind. Das ist eine der Folgen ständiger Schichtarbeit, vor allem aber ständiger Nachtarbeit in den Zeitungsbetrieben.

Wie berechtigt die Sorgen um die Arbeitsplätze in der Druckindustrie waren und noch sind - der Prozeß ist nicht abgeschlossen - zeigen drei Zahlen. Die höchste Beschäftigtenzahl lag dort bei 224000. 1973 war sie schon auf 203423 reduziert, und zum Jahresende 1983 verzeichnete die Statistik noch genau 164912 Beschäftigte in der Druckindustrie, mit weiter fallender Tendenz. Auch uns war und ist klar, daß Arbeitszeitpolitik allein nicht in der Lage ist, diesen Prozeß zu stoppen oder gar umzukehren. Deshalb lag der dritte Forderungsschwerpunkt beim Rationalisierungsschutz.

Das Rationalisierungsschutzabkommen

Ein in den sechziger Jahren vereinbartes Rationalisierungsschutzabkommen beschränkte sich im wesentlichen darauf, bei Kündigungen aus Rationalisierungsgründen längere Kündigungsfristen je nach Betriebszugehörigkeit von 6 bis maximal 24 Wochen und Entschädigungen von 6 bis zu 26 Wochenlöhnen festzulegen.

Bei jeder Sozialplanregelung wurde mehr herausgeholt, aber dank des konzentrierten Angriffs auf die gesetzliche Grundlage der Sozialpläne bekommen natürlich auch solche Tarifbestimmungen wieder einen anderen Stellenwert.

Unser Bestreben war es, anläßlich dieser Tarifrunde den Rationalisierungsschutz von der reinen Abfindung hin zum tatsächlichen Schutz zu entwickeln. Dies wäre aber nur durch eine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung mittels Tarifvertrag möglich gewesen. Das bedeutete aber, neben dem Tabu Wochenarbeitszeit auch noch das Tabu Mitbestimmung angehen zu müssen.

Im nachhinein wird deutlich, daß eine derartige Aufgabe zwischen einer Gewerkschaft und einem Arbeitgeberverband kaum zu lösen ist. Auch uns ist es, wie inzwischen bekannt, nicht gelungen. Was blieb, war eine Verbesserung der Fristen und Abfindungssummen im Rationalisierungsschutzabkommen. Die Kündigungsfristen beginnen nun bei einem Dreißigjährigen mit zehn Jahren Betriebszugehörigkeit bei einem Monat und gehen bis zu sechs Monaten bei einem Fünfundvierzigjährigen mit zwanzig Jahren Betriebszugehörigkeit. Die Entschädigungen beginnen bei fünf Monatslöhnen und gehen bis zu zwölf Monatslöhnen. Das mag im Hinblick auf die Entwicklung der Sozialpläne doch noch ein kleiner Fortschritt sein.

Aber zurück zu dem eigentlichen Forderungspaket, mit dem wir in die Verhandlungen gehen mußten: Vom Lohn ist bisher noch nicht die Rede gewesen. Wir hatten zwar den Lohntarifvertrag fristgerecht gekündigt, aber bewußt keine Lohnforderung gestellt, sondern von Anfang an klargemacht, daß die Bezifferung der Lohnforderung von der Kostenstruktur des Abschlusses in den anderen Fragen abhängen würde.

Die Verhandlungen zum Lohntarifvertrag

Die eigentlichen Verhandlungen begannen im Februar 1983; Verhandlungsgegenstand war die Verpflichtung aus dem Schiedsspruch, nämlich die neue Lohnstruktur. Unserem Forderungskonzept setzten die Unternehmer einen eigenen Entwurf entgegen, der allerdings in keiner Weise ausformuliert war, sondern lediglich Grundsätze zum Ausdruck brachte.

Hier zeigte sich schon deutlich das Unternehmerkalkül, Zeit zu gewinnen. Schon damals hätte uns eigentlich klar werden müssen, daß die Unternehmer versuchten, den Lohnrahmentarifvertrag mit in die Manteltarifrunde zu ziehen. Wir glaubten aber einstweilen noch an ihre Vertragstreue und waren der Meinung, die Unternehmer würden die von ihnen mitunterzeichneten klaren Terminbestimmungen - Verhandlungsabschluß Ende 1983 und Inkrafttreten April 1984 - einhalten. Daß dies eine gefährliche Fehleinschätzung war, zeigte sich erst später.

Zunächst ging es in einer Expertenkommission konkret zur Sache nach drei vereinbarten Schritten:

- Auflistung aller typischen Tätigkeiten in der Druckindustrie,
- Bewertung nach dem „Genfer Schema“* und Erstellen einer Rangfolge,
- Ableitung einer systematischen Lohngruppeneinteilung.

*Ende der 60er Jahre bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf entwickelte Grundsatzbestimmung für REFA-Festsetzungen.

Die politische Aufgabe der Lohnfestlegung sollte dann die Verhandlungskommission erfüllen. Die eigentlichen Verhandlungen um den Lohnrahmentarif konnten dann im Dezember beginnen, nachdem die Expertenkommission ihre Aufgabe weitgehend erledigt hatte.

Im Januar 1984 wurde die Taktik der Unternehmer deutlich. Zu diesem Zeitpunkt kamen die Verhandlungen an ihr Ende. Über zwei Punkte konnte keine Einigung erzielt werden. Über den ersten, die Zahl der Lohngruppen, hätte man sicher noch weiter verhandeln und sich einigen können. Der zweite allerdings, die Forderung der Unternehmer, die 40-Stunden-Woche bis zum 31. Dezember 1987 festzuschreiben, war für uns absolut unannehmbar. Damit war das Junktim der Arbeitgeber offensichtlich geworden, das uns entweder in die Kapitulation oder in die Auseinandersetzung treiben sollte.

Das Ende der Verhandlungen

Spätestens jetzt wurde aber auch klar, daß der Bundesverband Druck nicht mehr Herr seiner eigenen Entscheidungen war, sondern übergeordneten Interessen zu folgen hatte. Das ging nicht mit dem branchenspezifischen Problem Lohnrahmentarif. Vielmehr wurde dieses mit der übergeordneten Frage der Wochenarbeitszeit verknüpft. Uns blieb in dieser Situation nichts anderes übrig, als die Schlichtung anzurufen.

Die Schlichtungsverhandlungen mit dem Unparteiischen, dem Arbeitsgerichtspräsidenten von Berlin Dr. Kemter, begannen am 20. Februar 1984. Es folgten Verhandlungen am 28. und 29. März 1984 in Berlin, in denen eine Annäherung der Standpunkte möglich schien. Das war, wie der nächste Termin, Anfang April 1984 in München, deutlich zeigte, ein Trugschluß. Dort erfuhren wir, daß die Unternehmer eine Pressekonferenz einberufen hatten, offenbar mit dem Vorsatz, nicht nur die Schlichtung platzen zu lassen, sondern das auch gleich öffentlich zu verkünden. Sie legten ein - wie sie es nannten - Gesamtkonzept vor, das auf der schon erwähnten Festschreibung der 40-Stunden-Woche basierte und eine Lohnstruktur vorsah, die zahlreiche Abgruppierungen zur Folge gehabt hätte. Außerdem sollte eine Reihe von Schutzvorschriften im Manteltarifvertrag abgeschwächt werden. Daneben enthielt das sogenannte Gesamtkonzept allerdings ein Lohnangebot von 3,2 Prozent.

Der Versuch des Unparteiischen, die Arbeitszeitfrage in die Verhandlungen einzubeziehen, mißlang. Er stellte fest, daß er auf dieser Basis nicht zu einem Spruch kommen könne und erklärte das Schlichtungsverfahren für gescheitert. Nun bekam die schon einberufene Pressekonferenz des Bundesverbandes Druck einen Sinn.

Die Länge des Arbeitskampfes wurde vorbestimmt

Mit dem Scheitern der Schlichtung Anfang April haben die Unternehmer zu ihren Gunsten nehme ich immer noch an: leichtsinnig - die Dauer des Arbeitskampfes vorbestimmt. Sie wußten, daß weder die IG Druck und Papier noch der Unparteiische auf ihr Junktim würden eingehen können und haben so auch das Ende der Friedenspflicht vorprogrammiert. Ebenso klar war ihnen offenbar, daß ein Ergebnis keinesfalls vor dem Abschluß in der Metallindustrie erzielt werden dürfe.

Ich unterstellte den Unternehmern „Leichtsinnigkeit“ vor allem deshalb, weil sie wissen mußten, daß man eine Gewerkschaft nach dem Scheitern einer derart belasteten Tarifrunde nicht sozusagen tiefgekühlt aufbewahren kann, um dann zu einem beliebigen späteren Zeitpunkt mit Kampfmaßnahmen zu beginnen. Sollte der Bundesverband Druck dagegen nicht leichtsinnig vorgegangen sein, dann kann hinter seinem Verhalten nur das politische Kalkül stecken, eine Gewerkschaft auf exemplarische Weise „fertig zu machen“. Ein solcher Gedanke ist dann sicher nicht in Wiesbaden, dem Sitz des Bundesverbandes Druck, geboren worden.

Für die Annahme der zweiten Version spricht, daß die Voraussetzungen im Sinne der Unternehmer gar nicht günstiger hätten sein können. Da war zunächst einmal der Nürnberger Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, der ein Medienecho hatte wie kein anderer - und leider über weite Strecken kein positives. Weiter war da die massive Unterstützung der Bundesregierung für die Unternehmer und gegen die Wochenarbeitszeitverkürzung sowie die teilweise schon fast wütenden Angriffe von Kabinettsmitgliedern gegen die IG Druck und Papier. Schließlich hatte diese Gewerkschaft auch noch einen neuen, soeben gewählten Vorsitzenden, den man für schwächer hielt als seinen Vorgänger.

Eine solche Fülle von - in den Augen der Arbeitgeber - günstigen Umständen einer Tarifrunde findet man selten. Wollte man also den Konflikt wagen, da man sich zudem der Solidarität der BDA und der Bundesregierung sicher wußte? Im weiteren Ablauf der Geschehnisse deutete manches darauf hin.

Der eigentliche Kampf

Einige Dinge waren von Anfang an klar, so z. B., daß der Arbeitskampf lange dauern würde, weil ein Abschluß kaum vor dem der IG Metall zu erreichen sein würde. Ebenso wußten wir, daß wir nicht über unbegrenzte Mittel verfügen konnten und daß wir unter allen möglichen Umständen eine Ausspernung verhindern mußten. Die Konsequenz aus diesen Einsichten lautete:

„flexible Arbeitskampfführung“. Mit zwei Komponenten hatten wir in unseren Vorüberlegungen allerdings nicht gerechnet: mit einer Dauer des Arbeitskampfes von dreizehn Wochen und mit der Tatsache, daß eine Reihe von Zeitungshäusern unter Ausnutzung der modernen Produktionstechniken mit nur wenigen Streikbrechern Notausgaben, fast im Umfang der normalen Zeitungen, herausbringen würden.

Daß die Streikfront dennoch im längsten Arbeitskampf, den es in der Druckindustrie je gegeben hat, so fest und so diszipliniert gehalten hat, kann ich den Kolleginnen und Kollegen gar nicht hoch genug anrechnen.

Daß die von uns eingeschlagene Taktik richtig angesetzt war, konnte man an den teilweise wütenden Kommentaren deutlich erkennen. Zwar erregte man sich vornehmlich über die Form des Arbeitskampfes, aber dahinter dürfte sich in Wahrheit oft die Wut darüber verborgen haben, daß diese IG Druck und Papier noch immer nicht zusammengebrochen war.

Verhandlungen auch während des Streiks

Ein Arbeitskampf zeichnet sich nicht dadurch aus, daß er besonders lange dauert, sondern dadurch, daß ein Tarifvertrag durchgesetzt wird. Diese alte Regel veranlaßte uns zu dem Bemühen, trotz und während des Streiks mit den Arbeitgebern ohne Vermittler in freier Vereinbarung zu einem Abschluß zu kommen.

Die Versuche waren vergeblich. Die Unternehmer waren nicht willens - oder nicht befugt - konkret und mit dem Ziel eines Abschlusses mit uns zu verhandeln. Andererseits waren sie nicht in der Lage, diese Tatsache offen einzugestehen - wahrscheinlich nicht zuletzt deshalb, weil sie einem großen Teil ihrer Mitgliedsbetriebe eine solche Haltung kaum begreiflich machen konnten. Sie mußten es also darauf anlegen, durch den Verhandlungsablauf selbst die Gespräche zum Scheitern zu bringen. Das gelang ihnen auch, und wir mußten einsehen, daß der von uns angestrebte Weg zu diesem Zeitpunkt nicht gangbar war.

Professor Biedenkopf wird eingeschaltet

Es liegt in der Gesetzmäßigkeit eines längeren Arbeitskampfes, daß irgendwann ein Außenstehender, gewissermaßen ein Neutraler, versucht, die Parteien wieder an einen Tisch zu bringen, zu vermitteln. Verhält sich eine Regierung in einem Arbeitskampf neutral, kann sie die Aufgabe übernehmen, einen Vermittler zu ernennen.

Im Arbeitskampf des Jahres 1978 waren das Josef Stingl und Hans-Jürgen Wischniewski. Diesmal kam eine Intervention der Regierung nicht in Betracht: Eine Bundesregierung, die derart massiv einseitig Stellung genommen hat, manövriert sich selbst aus einer solchen Rolle heraus.

Uns blieb also nur, weiter zu kämpfen und im übrigen darauf zu hoffen, daß entweder die Unternehmer kapitulieren, was wegen der massiven Unterstützung, die der Bundesverband Druck durch Regierung und Unternehmerverbände genoß, als ausgeschlossen gelten konnte, oder aber, daß irgend jemand sich aus eigenem Antrieb anbieten würde. Auch damit war nicht zu rechnen.

Diese Lage machte eigene Initiativen notwendig, und so kamen wir auf Professor Biedenkopf in der Annahme, daß auch der Bundesverband Druck ihn als Schlichter akzeptieren würde. In der Tat einigten sich beide Tarifparteien auf ihn - er konnte sein schweres Amt beginnen.

Er versuchte zunächst vom 11. bis 15. Juni 1984, das Gespräch ausgezeichnet strukturierend, die Parteien aufeinander zuzubewegen. Das erwies sich als mühselige Sache, die im Grunde genommen daran scheitern mußte, daß die Unternehmer von ihrer strikten Ablehnung jeder Arbeitszeitverkürzung nicht abrückten. Demgegenüber hatten wir schon seit langem Kompromißlösungen in der Arbeitszeitfrage angeboten. Selbst in diesen Vermittlungsrunden verstärkte sich der Eindruck, die Unternehmer könnten nicht handeln, bevor nicht ein Abschluß bei Metall erreicht worden sei. Dieser Eindruck wurde durch die fast ständige Anwesenheit von BDA-Vertretern im Verhandlungshotel bestätigt.

Die Vermittlungsrunde wurde unterbrochen und am 18. Juni 1984 erneut aufgenommen. Professor Biedenkopf mußte einsehen, daß mit einer reinen Vermittlung keine Fortschritte erzielt werden konnten. In einem Gespräch mit den beiden Verhandlungsführern bat er darum, sein Mandat auszudehnen und ihm die Möglichkeit der Schlichtung mit eigenen Vorschlägen einzuräumen. Nach meiner Zusage kam die Einwilligung des Verhandlungsführers der Unternehmer, Dr. Beltz Rübelmann, nur sehr zögernd. Schon das hätte zu denken geben müssen. Der Eklat folgte prompt. Professor Biedenkopf entwickelte seinen Vorschlag und stellte ihn den Parteien gleichzeitig durch Boten zu. Wir baten ihn um Erläuterung, die intensiv gegeben wurde.

Wie bei der ersten offiziellen Schlichtung in München kündigte sich das Ende auch dieser Schlichtungsrunde mit der Einberufung einer Pressekonferenz durch den Bundesverband Druck an. Kurz vor dieser Pressekonferenz teilte er uns mit, daß die Vorschläge von Professor Biedenkopf unannehmbar seien und daß der Bundesverband auf dessen weitere Tätigkeit verzichte.

So wurden die Bemühungen Professor Biedenkopfs durch einen Telefonanruf vereitelt, ohne daß sich die Arbeitgeberseite seine Vorschläge überhaupt hätte erläutern lassen. Damit war auch dieser Anlauf zur Beilegung des Konflikts beendet, bevor er in der Sache richtig begonnen hatte.

Es wurde noch einmal deutlich, daß politische Vorgaben den Bundesverband Druck daran hinderten, zu diesem Zeitpunkt einen Tarifvertrag abzuschließen. Die Herren hatten zwei Alternativen: Entweder sie beschäftigten sich konkret mit dem Biedenkopf-Modell und traten in Verhandlungen darüber ein - dann hätten ihnen bald die Gegenargumente gefehlt. Oder aber sie befaßten sich überhaupt nicht mit dem Vorschlag und brüskierten Biedenkopf so, daß er, auch aus Gründen der Selbstachtung, nicht mehr weitermachen konnte. Wie man weiß, wählten die Unternehmer die zweite Alternative. Ich bin überzeugt, daß das wiederum nicht ganz aus eigenem Antrieb geschah: Die BDA war wieder im Hause.

Ganz aus der Tarifrunde ausklinken konnten sich die Unternehmer allerdings nicht, sie mußten also Zeit gewinnen. Dabei kalkulierten sie eine längere Dauer des Arbeitskampfes ein - oder wurden dazu angehalten. Jedenfalls teilten die Unternehmer uns mit, daß sie uns in der 26. Woche eigene Vorschläge unterbreiten würden und in freier Verhandlung zu einem Abschluß kommen wollten. Auf diese Weise verursachten sie zunächst einmal eine weitere Woche Arbeitskampf, aber sie kamen mit dieser Zeitplanung auch, was wohl von Anfang an ihr Bestreben war, hinter den Metall-Kompromiß.

Dementsprechend fiel der von ihnen angekündigte „eigene“ Vorschlag aus, über den sie in freier Verhandlung zu einem Abschluß kommen wollten. Was sie uns vorlegten, war - das ließ sich schnell feststellen - das Eckdatenpapier, auf dessen Basis der Ludwigsburger Leber-Kompromiß entwickelt wurde.

Es ist eine ziemliche Zumutung für eine Verhandlungskommission, so etwas als Tarifvertragsvorschlag des Bundesverbandes Druck vorgelegt zu bekommen. Noch größer wurde die Zumutung, als ihnen der Metall-Tarifvertrag erst einmal erläutert werden und u.a. klargemacht werden mußte, warum eine individuelle Arbeitszeit-Flexibilisierung für die Druckindustrie nicht anwendbar, ja für die Betriebe sogar schädlich sei. Dieser Vorgang machte die politische Dimension des Problems deutlich: Die Unternehmer waren blindlings auf den Begriff der individuellen Flexibilisierung fixiert. Ein Mitglied der Unternehmerkommission machte das deutlich, als es sagte, wenn man jetzt nicht in diese Form der Flexibilisierung einsteigen könne, sei der Zug für die Druckindustrie abgefahren und man könne dann 1987 nicht mehr aufspringen, wenn sich das Flexibilisierungskonzept endgültig durchsetze.

Der Eklat, der zur Lösung führte

Die Verhandlungen liefen sich in dieser Situation erwartungsgemäß wieder fest. Am Mittwoch, dem 4. Juli 1984, kam es zum Eklat: Der Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite, Beltz Rübemann, erklärte ohne jede Absprache mit uns vor der Fernsehkamera, man müsse nunmehr Leber und Rütters als Vermittler einschalten. Daraufhin habe ich abgelehnt, weiter mit ihm zu verhandeln. Es folgte ein intensives Gespräch mit dem Hauptgeschäftsführer des Verbandes, und es gab außerdem inoffizielle Gespräche zwischen Delegationsmitgliedern, die schließlich dazu führten, daß sich je zwei Mitglieder der Delegation während der Nacht an das Aushandeln und an die Formulierung des kompletten Vertragswerkes, also Manteltarifvertrag und Arbeitszeitverkürzung, Rationalisierungsschutz, Lohnrahmentarifvertrag, Lohnrunde '84 und '85 machten, und dabei den entscheidenden Durchbruch erzielten.

Am 5. Juli 1984 wurden in der Verhandlungskommission die letzten offenen Fragen geklärt. Nach dem langanhaltenden Widerstand der Unternehmer lief die Verhandlung in dieser letzten Phase relativ gut. Es ist anzunehmen, daß der Bundesverband Druck endlich freie Hand bekommen hatte. Dies war sicher nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß man hatte einsehen müssen, daß die IG Druck und Papier so leicht nicht kaputtzumachen ist - und das um so weniger, nachdem der DGB-Vorsitzende Ernst Breit öffentlich die volle Solidarität des DGB-Bundesvorstandes erklärt hatte.

Das Überraschende der Situation sei an einem Beispiel illustriert: Seit Jahren versuchten wir, die Ausbildungsvergütung durch prozentuale Anbindung an den Facharbeiterecklohn und feste DM-Beträge als Auf- bzw. Abstufung zu dynamisieren und damit aus den regelmäßigen jährlichen Verhandlungen zu lösen. Was nie möglich gewesen war, gelang uns nun.

Am 6. Juli 1984 stimmten die Tarifkommission und der Erweiterte Vorstand dem Gesamtergebnis zu. Der längste Arbeitskampf der IG Druck und Papier war zu Ende.

Der Arbeitskampf und das Ergebnis

Will man den Arbeitskampf, seine Dauer, seinen Ablauf, seine „Qualität“ sowie das erzielte Ergebnis werten, dann wird man ihn nicht als eine „normale“ Tarifauseinandersetzung bezeichnen können. Zunächst kann nicht bezweifelt werden, daß diese Auseinandersetzung auch politische Aspekte hatte, und zwar solche, die mit dem Ende des Arbeitskampfes nicht erledigt sind.

Dieser Arbeitskampf war allerdings nicht deshalb politisch, weil, wie man in vielen Veröffentlichungen lesen konnte, die IG Druck und Papier ihn „poli-

tisiert" hätte, sondern weil die Frage der Arbeitszeitverkürzung über die tarifpolitische Seite hinaus gesellschaftspolitische Dimensionen hatte und weiterhin hat.

Es ging vielmehr um die prinzipielle Frage, ob die Gewerkschaften weiterhin in wesentlichen Bereichen des Arbeitslebens eine Gestaltungsfunktion durch Tarifpolitik und damit eine Schutzfunktion für die Beschäftigten ausüben können, oder ob es gelänge, unter falschen Überschriften wie „Liberalisierung“, „Erweiterung des persönlichen Freiheitsspielraums“, „Selbstbestimmung über die eigene Arbeitszeit“, alle schützenden und bindenden Ordnungen an den Arbeitsplätzen auszuheben und damit die Arbeitnehmer letztendlich wieder der ungehemmten Fremdbestimmung auszuliefern.

In dieser Tarifrunde ist es uns, zumindest für die Druckindustrie, gelungen, einen Angriff der Unternehmer auf die Schutzfunktionen des Tarifvertrages zu stoppen - oder soll man besser sagen: zu unterbrechen?

Es hängt nun alles davon ab, ob es uns gelingt, die 38,5-Stunden-Woche für möglichst alle Arbeitnehmer in der Druckindustrie gleichmäßig und deutlich spürbar durchzusetzen. Nur daraus läßt sich die Kraft entwickeln, 1987 einen erneuten Angriff der Unternehmerverbände auf eine einheitliche kürzere tarifliche Arbeitszeit abzuwehren. Die Unternehmer haben das Ziel, eine absolute Flexibilisierung in der Zuteilung von Arbeitszeit zu erreichen, nicht aufzugeben. Die kurze Laufzeit der Arbeitszeitregelung ist dafür ein Symptom.

Wenn es uns also nicht gelingt, in der Umsetzung des Tarifvertrags die politische Dimension deutlich zu machen, werden wir im Jahre 1987 erneut vor enormen Schwierigkeiten in der Arbeitszeitfrage stehen.

Schlußbemerkung

Oft wird gefragt, wie es uns gelungen ist, über 14 Wochen eine derart flexible Arbeitskampfführung weitgehend diszipliniert durchzustehen. Ich hoffe, in diesem Beitrag Gründe dafür angedeutet zu haben. Sicher war sich nicht jede Kollegin und jeder Kollege über die politische Bedeutung der Auseinandersetzung bewußt, aber alle haben gespürt, daß es dabei um viel ging. Das hat die erforderliche Motivation hervorgebracht, die es möglich gemacht hat, den Arbeitskampf so zu führen, einen längeren Atem zu haben und gleichzeitig die Aussperrung zu verhindern. Auch in der festen Absicht, die Aussperrung zu verhindern, lag eine starke Motivation.

Die Erfahrungen mit dem Arbeitskampf des Jahres 1978 und mit der damals massiv eingesetzten Aussperrung machten die Kolleginnen und Kollegen aufgeschlossen für die Anweisungen der Zentralen Streikleitung, obwohl es sicher nicht leicht war zu begreifen, warum man nach drei, fünf oder acht Tagen Streik wieder in den Betrieb zurück sollte, um ihn dann in der nächsten oder übernächsten Woche wieder zu verlassen. Das klappte allerdings auch deshalb, weil wir alle durch intensive Arbeitskampfschulungen auf die Situation vorbereitet waren.

Zum Schluß bleibt die Frage, ob das Ergebnis dem Einsatz entspricht. Die Antwort kann nur „Ja“ lauten. Die Unternehmer waren angetreten, ihr Direktionsrecht in vielen Punkten auszuweiten. In den beiden wesentlichen Punkten haben wir es eingeengt: Der neue Lohnrahmentarifvertrag begrenzt die Lohnspielwiese der Unternehmer; die 38,5-Stunden-Woche für alle verhindert die individuelle Flexibilisierung und schafft die Voraussetzung für eine weitere Arbeitszeitpolitik.

Ein Tabu wurde gebrochen; eine politische Auseinandersetzung wurde politisch gewonnen. Darin liegt der Erfolg, darin liegt auch der Grund dafür, daß die IG Druck und Papier gewerkschaftspolitisch gestärkt aus diesem Arbeitskampf hervorgegangen ist.